Bericht des Vorstandes zur Mitgliederversammlung am 23.2.2024

Liebe Mitglieder,

sehr geehrte Gäste!

Vor genau einem Jahr, als hier an dieser Stelle Rechenschaft abgelegt wurde, wurde eine Stimmungslage zwischen himmelhoch jauchzend und zu Tode betrübt konstatiert. Hat sich diese Lage inzwischen geändert? Ja, muss die Antwort leider lauten. Das Himmelhochjauchzen hat sich eingetrübt, das Betrübtsein nicht deutlich abgemildert.

Der Ukrainekrieg wird am morgigen 24.2. schon zwei Jahre andauern, und es sind weitere Krisenherde aufgeflammt, die Auswirkungen auf uns alle haben und uns tagtäglich beschäftigen.

Zum Jahreswechsel hatte die Ampel, die als Fortschrittsampel gestartet war, die Hälfte ihrer Amtszeit absolviert. Zwar hatte sie die Krisen, in die sie stolperte, nicht selbst verursacht, aber sie tat sich schwer, den richtigen Umgang damit zu finden. Das gipfelte in der Haushaltskrise, verursacht durch den nicht verfassungskonformen Haushalt, und einer hastig zusammengezimmerten Lösung, die schließlich zu einem wortwörtlichen Bauernopfer führte. Den Landwirten, die im Dezember ohnehin schon sehr ernüchtert auf das Konto schauten, auf dem die Agrarzahlungen um etwa 100

€/ha reduziert worden waren, sollten ab 2024 die Einführung der KfZ-Steuer und die Abschaffung der Agrardieselsteuer aufgebürdet werden.

Die Landwirtschaft derart überproportional für die Deckung der Schäden durch den rechtswidrigen Schattenhaushalt heranzuziehen, beantwortete die Branche mit sichtbarem Protest auf den Straßen und zwei Großdemonstrationen in Berlin, so wie mit vielen weiteren Aktionen, die bis heute anhalten. In das neue Jahr ging es wortwörtlich mit Warnleuchten. Zwar hat man von der Regierungsseite etwas erschrocken die Forderung nach der KfZ-Steuer sehr schnell vom Tisch geräumt, jedoch geschah dies wahrscheinlich auch wegen der Tatsache, dass die Verwaltung das Einpflegen von Hunderttausenden Fahrzeugen nicht auf die Schnelle hätte bewerkstelligen können. Man hatte das Ende nicht bedacht. Und auch beim Agrardiesel war man sich schnell einig, dass man keine ad-hoc-Streichung durchsetzen kann, sondern ein dreijähriges Abschmelzen anstrebt. Wir halten auch dies nach wie vor für eine unzumutbare Belastung für uns als Bauernfamilien. Der große Zuspruch sowohl von den eigenen Berufskollegen auch über den Bauernverband hinaus als auch von der Gesellschaft zeigt, dass politisch dringend gehandelt werden muss! In unsicheren Zeiten ist gerade unsere Branche ein Garant für Wohlstand und Stabilität im ländlichen Raum, die nicht im Kern erschüttert werden darf. Die Kuh ist noch nicht vom Eis, wie wir alle

wissen. Das Haushaltsfinanzierungsgesetz wurde im letzten Bundesrat von der Tagesordnung genommen und soll nun am 22. März wieder vorgelegt werden. Im Hintergrund laufen im politischen Berlin zahlreiche Gespräche, tagt ein Vermittlungsausschuss, und wir hoffen, dass sich Realismus durchsetzt. Wir hoffen auch, dass Manuela Schwesig als Bundesratspräsidentin, die in diesem Punkt an unserer Seite steht, ihren Einfluss geltend machen kann.

Wir möchten an dieser Stelle allen danken, die in den letzten Wochen die Proteste mit organisiert haben! Allen, die sich bei den Demonstrationen eingebracht haben, sei es mit Traktoren oder dem Pickup, mit Bannern, Plakaten, Westen, die uns bei der Versorgung unterstützt haben oder mit Drohnen Videos gedreht haben! Danke auch an die Spediteure oder Handwerker, die sich uns angeschlossen haben! Dieser Zusammenhalt tat gut!

Der Dank geht auch an die Ordnungsbehörden, die unsere Aktionen konstruktiv und professionell begleitet haben und immer wieder auch darauf hinwiesen, dass das Demonstrationsrecht ein hohes Gut in diesem Staat darstellt.

Im agrarpolitischen Tagesgeschäft in Deutschland gab es auch vor den Haushaltsplandiskussionen mehr als genug Baustellen.

Der Umbau der Tierhaltung ist gesellschaftlich wie politisch erwünscht. Auch die tierhaltenden Betriebe sind grundsätzlich bereit, ihre Ställe umzubauen. Wer das bezahlen soll, ist jedoch offen, und weder die Bundesregierung noch

die Verbraucher scheinen im Moment bereit dazu. Nach wie vor fehlt ein schlüssiges Gesamtkonzept. Neben dem Bau- muss das Immissionsschutzrecht angepasst werden, damit Tierwohlställe überhaupt gebaut werden können. Und es stellt sich ohnehin die Frage, wer in diesen unsicheren Zeiten, bei diesen hohen Preisen auch im Bausektor, überhaupt baut. Im Moment kann man nur jedem raten, vorsichtig auf Sicht zu fahren. Es sollte alarmieren, wenn deutschlandweit beispielsweise ein Drittel der Sauenhalter den Ausstieg in den nächsten 5-10 Jahren plant.

In diesen Kontext gehört auch die Selbstauflösung der Borchert-Kommission als sichtbares Signal des Scheiterns von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir beim Tierwohl. Mutwillig werden in Berlin wertvolle Strukturen zerstört, welche richtungsweisende Vorschläge für eine machbare Zukunft der Nutztierhaltung, für gesellschaftlichen Konsens und für ein gutes Miteinander aller Akteure gemacht haben. Es verfestigt sich der Eindruck, dass in der Bundesregierung eigentlich kein wirkliches Interesse an einer guten Zukunft der Landwirtschaft vorhanden ist. Es scheint, als würden Abbau und Verlagerung der Produktion ins Ausland angestrebt oder zumindest billigend in Kauf genommen. Auch dieser Fakt treibt Bauern auf die Straße.

Für die Kennzeichnung der Haltungsform wurde ein neues Kennzeichnungssystem beschlossen. Dabei konstatieren wir Bauern, dass es

zwar ein erster Schritt ist, aber durch die ausschließliche Einbeziehung von Frischfleisch im LEH beim Schwein lediglich ein Drittel des Schweinefleisches erfasst ist, während Wurst- und andere Verarbeitungswaren sowie der Export außen vor bleiben. Geradezu abenteuerlich wird in der Folge die Deklarierung von gemischtem Hackfleisch, wo der Anteil Rind als „unbekannte Herkunft“ bezeichnet werden muss. Hier ist also deutliches Nacharbeiten sowie eine Verknüpfung mit der Herkunft der Tiere beginnend bei der Geburt dringend nötig. Mittelfristig muss die Transparenz bei Fleischprodukten auch für Kantinen, Systemgastronomie und Gaststätten gelten. Es fehlt auch die Verknüpfung mit der neuen Haltungskennzeichnung nach Tierwohlstufen. Statt Verbrauchertransparenz aus einem Guss liefert das Bundeslandwirtschaftsministerium noch eher Stückwerk. Die angestrebte Einbettung in ein EU-Kennzeichnungssystem muss mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Beim Deutschen Bauerntag 2023 verabschieden die Delegierten des Deutschen Bauernverbandes mit großer Mehrheit die Münsteraner Erklärung. Darin bekräftigen die Landwirtinnen und Landwirte ihre Bereitschaft, sich den wichtigen Herausforderungen des Klimaschutzes und dem Erhalt der Biodiversität in der Kulturlandschaft zu stellen. Aber ohne eine vielfältige,

wettbewerbs- und zukunftsfähige sowie gleichzeitig wirtschaftlich nachhaltige heimische Landwirtschaft sei das nicht zu bewältigen. Umso wichtiger ist es, auch in der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik endlich die richtigen Weichen zu stellen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dieses Potenzial genutzt werden kann, heißt es in der Erklärung. Unter anderem fordern die Delegierten die Politik auf, die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen als Zukunftsaufgabe konsequent anzugehen, die Potenziale nachhaltiger Bioenergie und Biomasse zu erschließen sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl den Bauern als auch der Natur Nutzen bringen.

Der Deutsche Bauernverband wurde im Oktober 75 Jahre alt und feierte dies mit einer Festveranstaltung in Berlin. Auf dem Weg vom ersten Bauernpräsidenten Andreas Hermes bis zu Joachim Rukwied liegen zahlreiche Meilensteine und prägende Ereignisse wie 1957 die „Römischen Verträge“ zur Gründung der EWG, die Einführung der GAP 1962, Ein- und Ausstieg aus der Milchquote (1983 bis 2015), Ein- und Ausstieg aus der CMA (1970 bis 2009), der Mauerfall 1989, die Gründung der Bauernverbände in den neuen Bundesländern und der Beitritt des Bauernverbands Mecklenburg-Vorpommern zum DBV im März 1992, BSE-Krise 2000, die Gründung der QS-GmbH 2001, der Umzug des DBV von Bonn nach Berlin 2005, Gründung der

Initiative Tierwohl 2015, die Borchert-Kommission 2019-2023 und die Zukunftskommission Landwirtschaft ZKL 2019-2021.

Berufsständische Interessensvertretung ist ein wichtiger Bestandteil des demokratischen Prozesses. Unser Bauernverband ist Bündler und Übersetzer von Problemen, die von den einzelnen Betrieben ausgehend bis an die politischen Entscheidungsträger herangetragen werden müssen. Das funktioniert in einer Demokratie nicht ohne innerverbandliche und außerverbandliche Kompromisse. Wir beeinflussen Entscheidungsprozesse, führen Hintergrundgespräche, loten Möglichkeiten aus. Wir führen den politischen Diskurs auch durch Mobilisierung und Proteste, wie sie in den letzten Wochen gezeigt wurden.

Der Klimawandel mit zunehmenden Extremwetterereignissen und schwierigen Witterungsbedingungen beeinflusst auch unsere Branche stark. Die Landwirtschaft ist bereit, hier über erneuerbaren Energien und Carbon farming noch mehr zum Klimaschutz beizutragen. Diese Klimaschutzdienstleistungen müssen aber entsprechend vergütet werden. Im internationalen Vergleich wirtschaften wir bereits äußerst klimaschonend, was in der Diskussion häufig zu kurz kommt. Wir brauchen aber auch Lösungen, um uns an den Klimawandel anpassen zu können. Hier ist die Politik gefragt, was moderne Züchtungsmethoden, digitale Innovationen und gezielte Agrarforschung

angeht. Zu wenig Beachtung findet unterdessen die Gefahr einer Verlagerung unserer heimischen Erzeugung in Drittländer. Damit wäre weder dem Klima noch dem Umweltschutz geholfen. Hier braucht es einen CO2-Grenzausgleich auch für Agrargüter. Die Forderung, neben dem Klimaschutz auch die Ernährungssicherung als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen, besteht seit 2021 und im Angesicht der aktuellen Krisen hat sie nichts an Berechtigung verloren.

Das vergangene Jahr brachte auch Erfolge.

Das Ende des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland wegen der Düngeverordnung war längst überfällig. Nun ist es möglich, wieder zu geordneten rechtsstaatlichen Verfahren im Düngerecht zurückzukehren, weil die EU-Kommission nicht mehr auf Zuruf Änderungen in der Düngeverordnung durchdrücken kann. Umso mehr bleibt es dringend erforderlich, einzelbetriebliche und verursachergerechte Klauseln für gewässerschonend wirtschaftende Landwirte statt Pauschalauflagen in roten Gebieten einzuführen. Auch sollte die Derogationsregelung für Wirtschaftsdünger bzw. Gärrest wie bereits in der Düngeverordnung vorgesehen ermöglicht und hierfür der Antrag bei der EU-Kommission gestellt werden. Die Ampelkoalition muss jetzt den aktuellen Regierungsentwurf des Düngegesetzes kritisch prüfen und

anpassen, vor allem bei der flächendeckenden Einführung der Stoffstrombilanz sowie einzelbetrieblichen Ausnahmen für Landwirte in roten Gebieten.

Auf europäischer Ebene wurden Pauschalverbote und praxisferne Vorgaben beim Pflanzenschutz von der Mehrheit der EU-Parlamentarier abgelehnt. Damit hat sich wieder ein Stück Vernunft durchgesetzt. Auch das Nature Restauration Law (Natursanierungsrecht) konnte abgeschwächt werden. Wir Landwirte setzen auf Zusammenarbeit mit dem Naturschutz und können eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln mittragen, wenn dies produktionsintegriert und kooperativ angegangen wird und Ernährungssicherung als oberste Prämisse gilt.

Wie sah es ökonomisch aus? Für die Familienbetriebe war das Wirtschaftsjahr 2022/2023 ökonomisch erfolgreich, wobei die Erzeugerpreise im 1. Halbjahr 2023 bereits in den Sinkflug gingen. Im Kalenderjahr 2023 brachen die Erlöse aus dem Getreideverkauf um 42 % ein, bei den Ölsaaten um 35 % und bei Milch um 13 %. Lediglich bei Kartoffeln, Eiern und Schweinefleisch konnte gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs erreicht werden.

Die extremen Volatilitäten der Märkte und die Verwerfungen durch den Ukrainekrieg werden uns weiter begleiten.

Im Ökolandbau hat sich der Lebensmittelumsatz im letzten Jahr wieder konsolidiert, Treiber dessen sind jedoch überwiegend die Discounter, während der Fachhandel mit Umsatzrückgängen zu kämpfen hatte.

Alle genannten Themen und noch weitere wie Erneuerbare Energien, Wolf, Moorschutz oder das geplante Klimaschutzgesetz des Landes haben uns auch auf der Landesebene begleitet. Auf den Sitzungen von Landesvorstand, Präsidium und Geschäftsführern und in den Fachausschüssen werden die aktuellen Probleme besprochen.

Eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit fand auch im letzten Jahr statt. Der Landesverband hat unzählige Presseanfragen beantwortet, mehr als 60 Pressemitteilungen verfasst, zwei Pressekonferenzen organisiert, 530 Postings in den Social Media Plattformen geteilt. Das Projekt „Schule blüht auf“ wurde erfolgreich weitergeführt, es gab wieder einen Fotowettbewerb und Teilnahmen am Tag der Milch und am MV-Tag, den bewährten Stand auf der MELA sowie einen erfolgreichen und diskussionsfreudigen Bauerntag. Im Rundfunkrat des NDR wurden wieder landwirtschaftliche Berichterstattungen unter die Lupe genommen sowie eine Gesprächsrunde aller Bauernpräsidenten des NDR-Gebietes mit dem NDR-Intendanten organisiert.

Das Wetter, ein immerwährendes Gesprächsthema, war uns auch 2023 nicht immer hold.

Aufgrund des kühlen Frühjahrs und nachlassender bzw. ausbleibender Niederschläge war der erste Futterschnitt im Vergleich zu normaleren Jahren deutlich geringer ausgefallen – rd. 25 – 30 %. Nach dem ersten Schnitt wirkte sich die Trockenheit verheerend auf die Entwicklung der Bestände und somit auf den Aufwuchs für den zweiten und auch noch den dritten Schnitt aus. Zur Unterstützung bei der Gewinnung von zusätzlichem Futter wurden deshalb die Bracheflächen ab dem 1. August zur zusätzlichen Futtergewinnung freigegeben.

Der lang ersehnte Regen kam zu spät, und er sorgte für schwierige Erntebedingungen im Juli und August.

Während sich die Erträge des Wintergetreides noch auf dem Vorjahresniveau bewegten, machten sich bei den Sommerungen die ausbleibenden Niederschläge stark bemerkbar.

<u>Die Erträge im Einzelnen (Durchschnitt MV)</u>

Winterweizen	76,7
Winterroggen	50,7
Wintergerste	80,5
Winterraps	36,7
Sommergerste	26,4
Hafer	28,0
Erbsen	20,8

Bohnen	19,8
Kartoffeln	347
Zuckerrüben	675

Was hat unseren Verband Demmin im letzten Jahr konkret beschäftigt?

Einarbeitung: 6 planmäßig durchgeführte Vorstandssitzungen

- Wir haben uns am Projekt VoCo (=Vorpommern Connect) zur Untersuchung der Stadt-und-Beziehung beteiligt

- Wir waren auf der Jobmesse aktiv und wurden dort vom Betrieb Böhm Nordkartoffel mit Technik unterstützt, Danke dafür!

- Wir haben an einer Projektvorstellung für die Peenehäfen teilgenommen. Veranstaltung in Loitz – Zukunft der Peenehäfen. Forderung unsererseits: muss Bundeswasserstrasse bleiben und Zuwegung zu Häfen muss bleiben. Wirtschaftshafen Loitz – schmale Straßen, Lärmbelästigung etc.

- Wir haben uns an online-Konsultationen zur ZUKUNFT LAND beteiligt.

- Wir haben uns mit dem Hanf-Projekt im Raum Demmin befaßt.

Bestrebungen Hanfverarbeitung und Anbau, Infoveranstaltung Nutzung von Hanf, Alternativen zu Wärmeversorgung

- Wir waren in Gravelotte Gastgeber für die Klausur der Geschäftsführer.

- Wir haben an Impulsmeetings des Landesverbandes teilgenommen.

- Wir haben uns in die Fachausschüsse des Landesverbandes eingebracht.

- In der Tierseuchenkasse arbeiten ehrenamtlich: Michael Kühling im Verwaltungsrat und Benjamin Henke im Fachbeirat des Rindergesundheitsdienstes

- Wir arbeiten in den Prüfungsausschüssen Landwirt, Tierwirt und Fachkraft Agrarservice mit.

- Unsere Landseniorengruppe wird aus der Geschäftsstelle unterstützt und hat sich im vergangenen Jahr 1x getroffen

- Wir pflegen regelmäßige Kontakte zur Presse und führten vor der Ernte wieder das gewohnte Pressegespräch durch.

- Wir haben uns in die Planung des Naturparks „Flusslandschaft Peenetal“ eingebracht, dessen Plan im vergangenen Herbst verabschiedet wurde.

- Wir haben am Jahresempfang des Landkreises MSE und am Jahresgespräch des StALU MSE teilgenommen

- Die geplante Änderung der Verordnung zum LSG „Mecklenburgische Schweiz und Kummerower See“ beschäftigte und beschäftigt uns weiterhin stark. Hier haben wir uns mit einer Stellungnahme eingebracht und ein Gespräch mit dem Landrat geführt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung dazu läuft noch.

- Im Greifswalder Projekt „Plan B“ waren wir in der Arbeitsgruppe Landwirtschaft involviert.

- Wir haben uns an Anhörungen zum Straßenbau beteiligt.

- Zum Thema „Heckenschnitt“ haben wir ein Seminar organisiert.

- Der Regionale Raumentwicklungsplan im Kreis VG wird fortgeschrieben, auch hier ist der Verband involviert und wird sich in der Diskussion zum (noch nicht vorliegenden) Entwurf beteiligen.

- Regelmäßige Gespräche finden mit den Abgeordneten des Land- und des Bundestages statt.
- Wir haben uns mit 3 Schulen am EU-Schulprogramm beteiligt und Bauernhofbesuche in Zemmin, Beggerow und Daberkow möglich gemacht. Herzlichen Dank an die genannten Betriebe für die Unterstützung!

- Unsere 61 Mitgliedsbetriebe bewirtschaften 38022 Hektar bzw. 66 % der LN des Altkreises Demmin. Damit haben wir nach Bützow mit 76 % und Malchin mit 67 % den dritthöchsten Organisationsgrad im Land. 2 Mitgliedsbetriebe haben uns im vergangenen Jahr verlassen.

- Wir haben uns mit personellen Veränderungen in unserer Geschäftsstelle beschäftigen müssen.
Im Dezember haben wir unsere langjährige Geschäftsführerin Marion Wendt verabschiedet.
Da wir uns rechtzeitig um eine geeignete Nachfolge bemühen wollten, entstand die Idee, mit dem Malchiner Bauernverband zu kooperieren. In mehreren

Gesprächsrunden haben wir die Möglichkeiten ausgelotet, mögliche Synergien betrachtet und schließlich einen Kooperationsvertrag beschlossen. Wir freuen uns, dass wir am 1.12.2023 mit Isabell Kleinhardt eine kompetente Assistenz der Geschäftsführung einstellen konnten und seit dem 1.1.24 mit Heike Müller eine Geschäftsführerin für beide Verbände im Dienst haben. In der Mühlenstraße 30 im Zentrum von Demmin haben wir auch geeignete Büroräume gefunden, in denen genug Platz für 2 Büros inclusive einer Möglichkeit für Vorstandssitzungen vorhanden ist. Wir denken, dass wir so zukunftsfähig aufgestellt sind und einen fließenden Übergang in die nächste Geschäftsführergeneration erreichen können.

Liebe Kollegen, liebe Gäste,

das war der Schnelldurchlauf durch das letzte Verbandsjahr. Wir stehen aber auch am Ende einer Legislaturperiode. Diese war geprägt durch Corona, den Ukrainekrieg und Märkte, die unberechenbar waren.

Gerade die letzten Wochen haben uns gezeigt, dass wir ein starker Verband sind, der sich bemerkbar macht, der zusammensteht! Lassen Sie uns auf diesem Wege weitermarschieren! Der Verband sind wir alle!

Wir leben in einer aufgeregten Zeit. Es fällt nicht immer leicht, die Vielfalt der Meinungen auch auszuhalten, auch in unserem Verband. Für die Einen sind wir

zu zahm, den Anderen gehen die Proteste schon zu weit. Diesen Diskussionen müssen wir uns stellen und einen roten Faden für uns als Verband immer neu finden. Wir zählen auf Sie alle in diesem Prozess in dieser unruhigen Zeit!

Wir danken allen, die uns bis hier auf diesen Wegen begleitet haben! Wir danken auch denen, die sich bereit erklärt haben, für die heutige Wahl unseres Kreisvorstandes oder der Revisionskommission zu kandidieren!
Besonders freuen wir uns, dass Karsten Trunk sich um die Nachfolge von Detlef Kurreck im Bauernverband MV bewirbt. Das ist uns Ehre und Verpflichtung!

Auf in ein neues, gutes Verbandsjahr 2024! Lassen Sie uns Zukunftsbauer im Doppelsinn des Wortes sein!